

Deutschlands mit einer Status-quo-Politik, mit Päckchen und Besuchsreisen zufriedenzustellen glaubten.

Man konnte es aber wissen – und als Juristen würden wir sagen: man mußte es bei sorgfältiger Prüfung wissen –, daß das zu kurz gegriffen ist, daß man eine längere Sicht im Auge haben muß, und man hätte dann anders vorbereitet in die Vereinigungsprozesse hineingehen können, als man praktisch hineingetreten ist. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Professor Seiffert! – Wir haben jetzt drei Referate zum gleichen Thema unter Berücksichtigung unterschiedlicher Zeitabschnitte gehört. Die Mitglieder der Enquete-Kommission haben jetzt – einschließlich der für die Antworten nötigen Zeit – eine gute halbe Stunde Zeit, Fragen zu dem Gehörten zu stellen. Der erste Fragesteller ist Herr Professor Soell!

**Abg. Prof. Dr. Soell (SPD):** Meine Frage richtet sich an Herrn Seiffert und betrifft insbesondere seine These, wenn der Westen 1961 ein viertes Essential aufgestellt hätte, dann hätte es keine Mauer durch Berlin gegeben.

Meine Frage an Sie: Reicht der Schluß, den Sie aus der Äußerung Chruschtschows gezogen haben, die Sie zitiert haben, aus, um eine solche These zu formulieren, wenn man die Gesamtpolitik Chruschtschows einbezieht – sein riskantes Manöver ein Jahr später in Kuba, bei dem er dann einen Teil zurückgewichen ist, mit dem er aber, was meist verschwiegen wird, natürlich auch Erhebliches bekommen hat?

Erstens: Amerikanische Mittelstreckenraketen in der Türkei sind abgebaut worden, die sowjetischen Mittelstreckenraketen alter Art – SS 5, SS 6 – blieben zunächst dort und wurden später sogar durch die SS 20 „modernisiert“. Zweitens hat er eine Garantie bekommen, daß die USA nicht mehr so etwas unternehmen würden wie wenige Monate vor dem Berlin-Ereignis in der Schweinebucht, als dort nämlich eine Landung von Exilkubanern stattfand, unterstützt durch die CIA. Daß das alles künftig nicht mehr stattfinden sollte, wurde ihm garantiert.

Wenn man das bedenkt und überlegt, was der Westen in Berlin – außer den drei Essentials für West-Berlin – hätte geben können, muß man sich natürlich fragen, was der Westen in diesem System von Geben und Nehmen unter dem nuklearen Patt hätte weggeben können. Dazu müßte man wohl die amerikanischen Dokumente studieren, soweit sie freigegeben sind.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Dr. Müller, bitte!

**Abg. Dr. Müller (CDU/CSU):** Ich habe zu einem ganz anderen Thema eine Frage an Herrn Professor Weber.

Herr Professor Weber, Sie haben in Ihrem Referat davon gesprochen, daß es nach dem Krieg – 1947, 1948 – an der Parteihochschule eine gewisse Liberalität in dem Sinne gegeben habe, daß man alle möglichen

Zeitungen auch westlicher Herkunft habe lesen können, was eigentlich all dem widersprochen hat, was die anderen Referenten anschließend für die spätere Zeit gesagt haben.

Das System, wie sich die Partei darstellte, hat es ja schon vor 1945 gegeben, vor allem in der Emigration in der Sowjetunion, denken Sie nur an die Säuberungen. Da war es ja ganz klar, wie es hier abgelaufen ist.

Meine Frage ist nun: War das 1947, 1948 nur eine kurzfristige taktische Variante, oder war man gezwungen – auch durch den Zwangsvereinigungsprozeß mit der SPD –, für eine gewisse Zeit das strikte Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ aufzugeben, um dann später um so härter zuzuschlagen?

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ich habe noch zehn Wortmeldungen. Herr Dr. Mitter und dann Hans Modrow!

**Sv. Dr. Armin Mitter:** Meine Bemerkungen betreffen die Referate von Herrn Schenk und von Herrn Seiffert.

Herr Schenk, ich finde, Sie haben für uns sehr intensiv und sehr prägnant die Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich und die gegenseitige Beeinflussung – gerade auch im Blick auf das, was von sowjetischer Seite erfolgte – dargestellt. Ich glaube aber, daß sich gerade das, was die politischen Strukturen betrifft – und überhaupt den ganzen Bereich Sicherheitspolitik –, in den fünfziger Jahren doch an einigen Stellen wesentlich gewandelt hat. Insbesondere nach dem 17. Juni hat eine völlige Reorganisation des Sicherheitsapparates – überhaupt des Macht- und Disziplinierungsapparates – stattgefunden, der nicht mehr nach sowjetischem Vorbild organisiert werden konnte, da die inneren Gegebenheiten in der DDR auch nicht deckungsgleich waren mit den Gegebenheiten in der UdSSR.

Beispielsweise gab es keine Blockparteien in der UdSSR, die evangelische Kirche hatte eine viel, viel höhere Bedeutung in der DDR als die Kirche in der Sowjetunion – um nur einige Beispiele zu nennen.

Zum anderen stellt sich da für mich auch die Frage, ob sich der sowjetische Einfluß auf die Politik der DDR-Regierung nicht doch auch in den fünfziger Jahren gewandelt hat. Wenn man gerade die Phase 1952, 1953, 1954 bis zum IV. Parteitag der SED untersucht, so ist doch klar feststellbar, daß an vielen Stellen die Sowjetische Militäradministration viele Funktionen der DDR-Führung überträgt, und zwar eindeutig auch aus der Erfahrung heraus, daß der 17. Juni beziehungsweise die Demonstrationen im Juni und die Aktionen im Juni/Juli 1953 für alle überraschend kamen, letztlich auch deshalb, weil der Sicherheitsapparat nach sowjetischem Vorbild in der DDR eben nicht funktioniert hat. Das hieß, man hat größere Befugnisse beispielsweise auch im Justizwesen – ich könnte noch weitere Bereiche nennen – auf die DDR-Behörden übertragen.

Die zweite Bemerkung: In der Tat, Herr Schenk, ist die Literatur aus den fünfziger Jahren sehr wertvoll, vor allen Dingen auch die autobiographische Literatur, die in dieser Zeit zur DDR-Geschichte im wesentlichen von Emigranten geschrieben worden und in der Bundesrepublik erschienen ist. Ich hätte mir gewünscht, daß mancher DDR-Forscher in den sechziger und siebziger Jahren diese Bücher mehr zur Hand genommen hätte.

Nur zeigt das letztlich auch die Grenze dieser Literatur, denn wenn die Literatur so gut war, dann stellt sich natürlich die Frage, wieso die DDR dann so überraschend – auch für die Bundesrepublik – zusammengebrochen ist, wenn man in der Bundesrepublik so gut über die DDR Bescheid gewußt hat. Ich glaube schon, daß es da erhebliche Defizite in der Wahrnehmungsfähigkeit der DDR auch in der Bundesrepublik gegeben hat, und gerade bei dem, was Herr Professor Seiffert mit Stabilisierungsdenken oder Stabilisierungspolitik der Bundesrepublik bezeichnet hat, sind ganz entscheidende Defizite auch in der Forschung vorhanden gewesen.

Dieses Stabilitätsdenken ist meines Erachtens nicht bloß aus geopolitischen Motiven heraus entstanden, sondern auch aus der Unkenntnis der eigentlichen Verhältnisse in der DDR. Ich möchte das an einem Beispiel darlegen.

Herr Seiffert, Sie werden es mir erlauben; ich habe da ein paar andere Auffassungen, was den 13. August anbetrifft. Ich denke, man kann das nicht nur als ein Problem der internationalen Politik sehen.

Wer weiß zum Beispiel, daß zwischen dem 1. Januar und dem 13. August die Zahl der Streiks in der DDR, in den DDR-Betrieben enorm zugenommen hat? Sie lag etwa zwischen 80 und 120. Wer weiß, daß sich die LPG Typ III in einer desolaten Situation, in einer Auflösungsphase befand? Wer weiß beispielsweise, daß in den Betriebsversammlungen bis in die Parteiversammlungen hinein freie Wahlen gefordert wurden, und zwar vor dem Hintergrund des sogenannten Friedensvertrages? Die SED hat damals den Kurs propagiert, daß ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen werden muß. Das wurde von der breiten Bevölkerung zum Anlaß genommen, in vielen Versammlungen – auch im offiziellen Rahmen – immer wieder freie Wahlen in den Vordergrund zu stellen.

Das alles befindet sich in den Akten der ehemaligen SED, ist dort auch sehr klar nachzulesen. Dort ist auch die Stimmung unter der Bevölkerung sehr klar nachvollziehbar.

Gerade die innere Geschichte der DDR – schon ab den fünfziger Jahren – ist meines Erachtens mit den jetzt zugänglichen Quellen auf völlig anderer Basis zu untersuchen, und ich glaube nicht, daß man primär mit sehr veralteten Darstellungen, die ihre Wichtigkeit in der Forschung behalten werden, noch weiterkommt.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Mitter, auch

für Ihre Information! Ich muß aber darum bitten, die Fragen ein bißchen kürzer zu formulieren, sonst kommen wir nicht einmal mehr zum Stellen der Fragen, geschweige denn zu ihrer Beantwortung. Herr Dr. Modrow, bitte!

**Abg. Dr. Modrow (PDS/Linke Liste):** Ich habe drei Fragen an Herrn Weber. Die erste Frage: Herr Weber, welche Rolle spielen in Ihrer Betrachtung die Tatsache und der Umstand, daß sich die SED sehr stark mit Kaderausbildung beschäftigte und ein Großteil der Eliten der Kader der KPD und der SPD von den Faschisten ermordet wurde, ein gewisser Teil dann auch in Moskau durch Stalin selbst?

Zweitens – bezogen auf meine eigene Nachkriegsgeneration –: Wie werten Sie den Umstand, daß wir durch die faschistische Ideologie nach 1945 dann ein bestimmtes Maß an Aufgeschlossenheit für Schulung und für übermittelte neue Überzeugungen hatten? War das nach Ihrer Meinung nun einfach eine Bauernfängerei oder war das eine Situation, die in sich eine bestimmte Aufgeschlossenheit gebot. Und wie bewerten Sie auch den Umstand, daß wir im Prinzip während der Zeit des Faschismus in den Schulen im Krieg ja kaum eine Bildung hatten und uns natürlich hier auch eine Möglichkeit von Bildung eröffnet wurde?

Drittens: Welche Rolle spielt nach Ihrer Meinung die Erziehung anhand all der Dinge, die mit dem Kalten Krieg und der Zuspitzung verbunden waren? Ich denke zum Beispiel an die Weltfestspiele 1951, die Sie gewiß auch in Erinnerung haben, als ein Marsch von – wenn ich es noch recht weiß – fast 100.000 Menschen nach West-Berlin stattfand. Dort wurden keine Scheiben und nichts zerschlagen, aber mancher ist mit einer Beule von dort zurückgekommen und hatte damit natürlich auch wieder eine ganz bestimmte Haltung zur Erziehung, die dann im System der Schulung der SED ablief.

Zwei kurze Bemerkungen zu Herrn Seiffert: Wenn es um die Erziehung geht, Herr Professor Seiffert, hat natürlich Ihr Schicksal, wie Sie in die DDR gekommen sind, auf mein Denken einen beachtlichen Einfluß ausgeübt, nämlich die Tatsache, daß wir als FDJler damals für Ihre Freiheit und für die Freiheit von Jupp Angenfort demonstrierten, und dann kamen Sie aus dem Gefängnis der Bundesrepublik in die DDR; das prägte mit.

Ein Zweites – was den 1. Februar betrifft –: Es gab am 1. Februar 1990 keine SED mehr. Ich kam aus Moskau von einer Konsultation mit Michail Gorbatschow zurück, die am 30. Januar war. Wenn ich eine solche Initiative in die Öffentlichkeit tragen wollte, nach „Konsultation“ – nehmen wir wieder einmal das Wort – mit Moskau, dann gab es nur die Chance, es persönlich zu tun, denn die „Regierung der nationalen Verantwortung“ war gerade vereinbart, aber noch nicht gebildet, und der „Runde Tisch“ wäre für eine solche Initiative natürlich auch nicht in Übereinstimmung gewesen – wahrscheinlich! – mit dem damaligen Ministerpräsidenten Modrow.

Also ergab sich auch in der Taktik, die wir in Moskau beraten haben, daß es

zu einer persönlichen Initiative geworden ist, die ich aber nicht aus taktischen Gründen, sondern sehr wohl nach dem damaligen historischen Verständnis der Situation entwickelt habe.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Hansen, und dann Herr Dehnel!

**Abg. Hansen (F.D.P.):** Meine erste Frage richtet sich an Herrn Weber; er sprach von Indoktrination und Schulung und sagte, beide hätten die Folgewirkung des intoleranten Funktionärs gehabt.

War es auch die Absicht, über die Schulung der eigenen Kader hinaus bis hin zur Erziehung im Schulwesen einen jeden gewissermaßen eines Tages so weit zu bringen, daß es die gleiche Wirkung wie etwa bei den Kaderleuten gehabt hätte?

Eine Frage an Herrn Seiffert: Darf ich Ihr Modell, wonach die SED eigentlich keine Staatspartei gewesen sei, sondern über Staat und Recht stehend, gewissermaßen metaphysisch, so verstehen, daß es nicht das vertikale Drei-Säulen-Modell von Herrn Schenk war, sondern mehr ein anderes klassisches horizontales Modell von Überbau und Unterbau – Sie haben den Islam angesprochen, Sie haben von Ordensregeln und ähnlichem gesprochen –, daß also diese SED in ihrem Selbstverständnis – ich nenne es einmal so – ausdrücklich metaphysische, quasi religiöse Züge getragen hat?

Und die zweite Frage an Herrn Seiffert: Sie haben zu Recht davon gesprochen und zitiert, daß es der Auftrag der Enquete-Kommission ist, die Vergangenheit der DDR in einem gesamtdeutschen Rahmen zu sehen und die Geschichte der DDR selber darin auch einzubeziehen. Würden Sie so weit gehen zu sagen – oder hätte ich Sie da mißverstanden? –, die DDR sei gewissermaßen eine Bedingung der westlichen Politik gewesen?

Und eine letzte Bemerkung zu Ihnen, Herr Seiffert: Ich glaube nicht, daß man so weit gehen kann – es sei denn, man hängt eben doch metaphysischen Vorstellungen an – zu sagen, die Wende 1989/90 sei ein zwar unerwartetes, aber ein Naturereignis gewesen. Sind Sie nicht doch eher der Auffassung, daß auch dieses Ereignis politische Bedingungen hatte, die sicherlich in den Jahren zuvor auf verschiedene Weise gesetzt worden waren, natürlich auch durch westliche Politik?

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Dehnel, bitte!

**Abg. Dehnel (CDU/CSU):** Wir haben an der Basis immer etwas von Machtkämpfen auch innerhalb der SED-Führungsstrukturen gehört. Inwieweit spielten Machtkämpfe immer eine Rolle, und gab es innerhalb der Führungsstrukturen auch Wahlen, Personalwahlen, die dann zu dem Machtwechsel geführt haben? Und wenn es die überhaupt gab, waren die denn geheim?

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Markus Meckel und dann Frau von Renesse!

**Abg. Meckel (SPD):** Ich habe eine Frage an Herrn Professor Weber. Gab

es in diesen ersten Jahren nach Kriegsende gemeinsame Strategieguppen der deutschen Kommunisten und der russischen Besatzungsoffiziere? Wie weit ging der Einfluß der Kommunistischen Partei, der Gruppe Ulbricht etc.? Wo wurden die Strategien entwickelt? Wo fielen die zentralen politischen Entscheidungen? Kamen die mehr als Weisungen oder waren sie eigene Politik der kommunistischen Führer?

**Abg. Frau von Renesse (SPD):** Ich habe noch eine Frage zum sowjetischen Einfluß. Gab es, Herr Schenk, spezifische Unterschiede zwischen der Einflußnahme der sowjetischen Hochkommissare oder der Hohen Kommission auf die inneren Angelegenheiten der DDR zu dem, was die Hohen Kommissare der Westalliierten bis zu den Pariser Verträgen in der Bundesrepublik konnten, durften und machten? Hat sich diese Einflußnahme der sowjetischen Seite in der ehemaligen DDR, nachdem sich die Bundesrepublik jetzt ihrerseits als souveräner Staat verstehen durfte, nennenswert geändert?

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Professor Schröder und dann folgt Wolfgang Thierse!

**Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder:** Es ist immer wieder die Allzuständigkeit des Politbüros herausgestellt worden, seine Einmischung in zahlreiche Dinge. Herr Seiffert hat gesagt, es habe keinen Schauprozeß gegeben, ohne daß das Politbüro zustimmte.

Da hat mich nun sehr überrascht, daß Sie, Herr Schenk, ausgeführt haben, eigentlich habe sich niemand innerhalb des Politbüros in die Dinge des anderen einmischen wollen und jeder habe gesagt: Laß mich damit zufrieden; mir reichen meine eigenen Probleme. – Darin sehe ich einen gewissen Widerspruch. Hat dann jeder nur für sich entschieden?

Wie sind dann diese Allmacht und diese starke Einmischung des Politbüros als solche zu erklären?

**Abg. Thierse (SPD):** Herr Seiffert, Sie haben die These vertreten: Das Recht war nur eine Funktion der SED-Macht. – So weit, so gut! Sähen Sie sich in der Lage, diese These zu differenzieren a) nach den verschiedenen Rechtsbereichen und b) auch nach zeitlichen Entwicklungen, in welcher Weise dies in einem besonders starken Ausmaß der Fall und und in welcher Weise und wann es da Verschiebungen gegeben hat?

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Professor Wolf und dann als letzter Fragesteller Gert Weisskirchen.

**Sv. Prof. Dr. Herbert Wolf:** Ich habe zwei Fragen.

Zuerst an Herrn Professor Weber: Sie haben sehr eingehend die Schulungsprozesse innerhalb der Partei geschildert, und in Ihren Thesen sagen Sie: Die Schulung der Mitglieder und Funktionäre zielte auf ideologisch-politische Konformität, insbesondere Schulung im Marxismus.

Meine Frage – es waren ja immerhin schon etwa anderthalb Millionen, wenn

nicht noch mehr Mitglieder –: Gab es da unterschiedliche Motivationen, zum Beispiel auch eine gewisse Identifikation aus Interessen, aus Überzeugung oder – was bei Herrn Seiffert anklang – aus einer Art religiösen Glaubensbekenntnisses? Gab es Karrieresucht, Angst, Unterordnung, oder was hat nach Ihrer Meinung damals eigentlich die Hauptrolle gespielt?

Meine persönliche Erfahrung war, daß vor allem die ersten beiden Dinge – das verstandene Interesse und die Überzeugung davon – eine Rolle gespielt haben, ungeachtet dessen, was dann später daraus wurde.

Eine zweite Frage richtet sich an Herrn Schenk; sie schließt etwas an die eben von Herrn Professor Schroeder gestellte Frage an. Nach Ihrer Darstellung auch in den Thesen – dort kommt es noch deutlicher heraus – sieht es so aus, als ob der Entscheidungsmechanismus eine Art Einbahnstraße war, von der Sowjetischen Kontrollkommission zu Walter Ulbricht mit einsamen Einzelentscheidungen, dann SPK, Vorlage Politbüro usw..

Meiner Meinung nach fehlt darin völlig eine Aussage zu der Frage: Gab es überhaupt Wechselwirkungen? Gab es vorher Initiativen, und wie sind die entstanden? Ich glaube, daß das noch nicht so sehr viel von einem Mechanismus, Entscheidungsmechanismus in der Machtstruktur aufhellt.

**Abg. Prof. Weisskirchen (SPD):** Nach dem, was Sie drei uns beschrieben haben, habe ich eine Frage, die sich mir aufdrängt, an alle drei Referenten: Wie erklären Sie sich angesichts der ungeheuren Brüche und der inneren Brüchigkeit dessen, was Sie an SED-Herrschaft beschrieben haben, dennoch die doch unglaubliche Langlebigkeit der DDR, und inwiefern können Sie den wesentlichen Grund dafür nennen, den Sie im Rückblick herausfinden können?

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Danke. – Als allerletzter Fragesteller der Herr Abgeordnete Böhm!

**Abg. Böhm (CDU/CSU):** Herr Seiffert, ich habe gehört, daß Sie sich sehr stark auf die westliche Politik zur Stabilisierung der gesamteuropäischen Ordnung bezogen haben. Wie ordnen Sie den KSZE-Prozeß in diesem Zusammenhang ein? War er nach Ihrer Auffassung ein Instrument zur Erhaltung des Status quo, das dann von Oppositionellen innerhalb des damaligen Ostblocks gewissermaßen umfunktioniert wurde, oder sehen Sie auch Motive im Westen in einer aktiven Politik der Einwirkung auf die gesamte Ordnung im Osten Europas bei der Konzeption des KSZE-Prozesses?

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Zum Abschluß dieser Runde sollten die drei Referenten die Möglichkeit haben, die Fragen, die ihnen gestellt worden sind, zu beantworten.

Ich schlage vor, daß wir das in der historischen Reihenfolge tun, daß also zunächst Herr Weber, dann Herr Schenk und zum Schluß Herr Seiffert das Wort nimmt.

**Prof. Dr. Hermann Weber:** Wenn ich versuche, mit einem Satz zu erklären, was da eigentlich ausgebildet werden sollte, dann lautet dieser Satz: Erreichen wollte man – so merkwürdig das für eine atheistische Partei klingt – Gläubigkeit, aber mit dem Wissen, was dem Ketzer passiert!

Das heißt also: Dieses Ausbildungssystem ist eine Mischung; es will zwar den überzeugten Anhänger – selbstverständlich! –, aber andererseits – und das haben die Beispiele, glaube ich, doch gezeigt – den überzeugten Anhänger, der so sehr von der Sache überzeugt ist, daß er nicht danach fragt, was der Gegner, der Feind, derjenige, der gestern noch etwas zu sagen hatte, sagt, sondern nur das akzeptiert, was die Führung heute bestimmt.

Daß dies nicht durchzuhalten ist, habe ich am Ende zu zeigen versucht. Dies war auch eine der Schwächen des Systems. Wenn die Kader nach Stalin alles entscheiden, dann Kader in dieser Form erziehen zu wollen, ist eine ganz andere Frage. Aber ich glaube, das war die Zielsetzung.

Nun sagen Sie, Herr Müller, mit Recht: Wieso war es dann aber 1947/Anfang 1948 anders? Da haben Sie die beiden Hauptpunkte genannt. Es war noch die Einheitspartei. Noch war Rücksicht zu nehmen, nicht nur auf Sozialdemokraten – das ist ja das Interessante –; es sind ja in diese Partei eine große Zahl früherer sogenannter „Abweichler“ zurückgekehrt, und wenn „Sozialdemokratismus“ schon schlimm war, dann war natürlich „Trotzkismus“ – das war ja das Sammelwort – noch sehr viel schlimmer. Diese Leute befanden sich ja bis zu den Säuberungen von 1949/1950 noch mit in dieser Partei. Auf dieser Parteihochschule gab es zahlreiche Lehrer, die in der SAP oder KPO waren. Wer die Dinge kennt, weiß, was das bedeutet. Also, es war klar, daß hier dieser Einfluß eine Rolle spielte.

Zum zweiten war es Taktik. Man wollte beweisen – ich erinnere noch einmal an das Ulbrichtsche Wort –, daß es hier demokratisch zugeht.

Der Bruch Titos mit Stalin einerseits und der Kalte Krieg andererseits sind dann die beiden Einschnitte, die die radikale Veränderung der Parteipolitik, der Organisationspolitik und damit der gesamten SED bringen. Das schlägt nun durch auf diese Ausbildung von Kadern.

Natürlich haben Sie, Herr Modrow, völlig recht, wenn Sie fragen, was alles eine Rolle dabei gespielt hat, daß die Leute nach 1945 dort hineingingen! Wie haben sie es aufgenommen, wie Herr Wolf auch zu Recht sagt?

Es ist differenziert. Darauf kam es mir nicht an. Mir kam es darauf an zu zeigen, wie innerhalb eines Jahres – so könnte man fast sagen –, 1948 und Anfang 1949 praktisch die Führung selbst die gesamten Kriterien für diese Schulung verändert hat. Zunächst ging es selbstverständlich um parteiliches Wissen – es war ja eine Partei, die ihre Leute hier erzog –, aber doch immerhin auch um „Wissen“, das heißt also, durchaus auch das aufzunehmen, was andere sagen, was selbst der Gegner sagt. Dann aber ging es darum, den eigenen



Nachwuchs nur so zu erziehen, daß er in blinder Gläubigkeit – anders kann man das ja gar nicht nennen – folgt.

Natürlich ist auch Marx gelesen worden, natürlich ist Lenin gelesen worden, ab und zu auch Rosa Luxemburg, aber in einer Art und Weise, die eigentlich ohne Bedeutung für einen Schüler einer solchen Institution war, der dann erkennen mußte: Er hat allein der Parteiführung recht zu geben! Dieser Anspruch der Partei, „sie hat immer recht“, wurde also einfach weitergetragen.

Die Frage ist natürlich, welche Rolle der Kalte Krieg in diesem Zusammenhang spielt. Selbstverständlich hat der Kalte Krieg dies alles noch sehr verschärft. Nur weigere ich mich aus meiner Kenntnis heraus zu sagen, diese Veränderungen zum Stalinismus seien eine Folge des Kalten Krieges. Der Kalte Krieg hat diese Wandlungen verschärft, aber nicht hervorgebracht. Hier ist der Bruch im Weltkommunismus einzubeziehen, nämlich das Abtrünnigwerden von Tito, der plötzlich diese These hineingebracht hat: Alle können verschiedene Wege gehen, nicht das sowjetische Modell allein ist ausschlaggebend. In dem Moment, in dem das umschlägt – wie damals mit Jugoslawien –, muß man selbstverständlich die Disziplinierung vornehmen, und Disziplinierung ist eben nicht nur eine Sache der Überzeugung, sondern auch – ich wiederhole: Ketzertum weiß, was ihm droht – der Angst, die bis in die Partei hineinreicht. Das ist hier zu berücksichtigen.

Eine andere Frage war die von Herrn Hansen, ob die Kaderschulung auf die ganze Bevölkerung übertragen werden sollte. Das glaube ich nicht, denn da kommt das Moment zum Tragen, daß man es hier eben mit der „Avantgarde“ zu tun hat. Dieser Stolz, dieses Selbstbewußtsein kommt da auch mit hinein. Es ist eben ein vielschichtiges Problem. Nur, für die Gesamtbevölkerung galten sicherlich andere Vorstellungen – das zeigen auch die Anfänge etwa des Schulsystems – als diese ausgesprochene Kaderausbildung.

Die Frage der Strategien, nach denen Herr Meckel fragte, kann ich zwar nicht aus eigenem Erleben, aber aus den Funden in Archiven inzwischen doch wohl so beantworten, daß – wie in ganz Deutschland – 1945/46 die Besatzungsmächte allein bestimmten. Das ändert sich schrittweise in den Jahren 1947/48. Aber natürlich hatte in der Sowjetischen Besatzungszone die Besatzungsmacht immer noch das Sagen. Wenn man sich das Parteiensystem – wir haben bei der letzten Anhörung darüber gesprochen – anschaut, sieht man das. Wenn die SMAD bei der Absetzung von Kaiser und Lemmer im Zweifelsfall selbst noch Ende 1947 in das Parteiensystem eingreift, merkt man das deutlich, Ähnliches gilt selbstverständlich für die Strategien.

Natürlich haben die deutschen Kommunisten, insbesondere Ulbricht, versucht, auch in den vierziger Jahren ihre Vorstellungen, die im einzelnen nicht immer mit denen der Sowjetunion identisch sein mußten, zu verfolgen. In den Grundsätzen war das selbstverständlich, aber wenn es etwa um die Frage ging, ob nun ein eigener Staat errichtet werden soll, so kennen wir inzwischen eine

Reihe von Dokumenten, aus denen man ersieht: Die deutschen Kommunisten waren sehr viel mehr bestrebt, so etwas zu machen, als die Sowjetunion aus ihrer Deutschlandpolitik heraus es unbedingt wollte. Es hat ja einige Zeit gedauert, bis etwa auf die Vorstellung, in der SBZ bestehe Volksdemokratie, verzichtet wurde. Das wurde auf sowjetischen Druck hin zurückgenommen, aber es gab diese Unterschiede.

Nur, letztendlich kann man für die vierziger Jahre ganz klar sagen: Es war die Sowjetunion, die bestimmt hat. Ulbricht war nicht einmal „Juniorpartner“, sondern er hat die Weisungen entgegengenommen – was nun nicht heißt, daß er nicht versucht hätte, auf diese Weisungen Einfluß zu nehmen, manchmal in recht fataler Weise.

Eine Frage, die uns allen gestellt wurde, lautete: Warum war die DDR so langlebig? Nach meiner Auffassung war sie es deswegen, weil sie von der Sowjetunion garantiert war. Das war immer meine These: Solange die Sowjetunion die Existenz der DDR garantiert, so lange wird die DDR existieren. Als der Kalte Krieg zu Ende war und die Sowjetunion das nicht mehr tat, ist ein Staat, der aus dem Kalten Krieg heraus entstanden war, dann eben von der Bildfläche verschwunden.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Schenk, bitte!

**Fritz Schenk:** Ja, ich schließe da gleich an: Das ist auch meine Meinung. Erstens war es die Garantie der Sowjetunion, die die DDR so lange hat leben lassen. Zum anderen dann – übertragen auf die Sowjetunion –: Sie lebte so lange, wie die tragende Schicht, die Nomenklatura, glaubte, an dem System noch etwas retten zu können und darin noch Verteidigungswürdiges sah. Sie konnte sich nach meinem Dafürhalten nur so friedlich verabschieden, weil am Ende der tragende Kern, die Nomenklatura, eben nichts Verteidigungswürdiges mehr sah und das Regime praktisch kampflos aufgegeben hat.

Der Ursprung aber, daß sie zunächst einmal dazu standen, war ja das Ringen zweier unterschiedlicher sozialökonomischer Systeme und der Glaube, mit dieser Form des Sozialismus – dem, was Marx und Lenin gesagt haben: im ersten Schritt eine höhere Produktivität als der Kapitalismus und als Folge daraus ein höherer Lebensstandard usw. – eine bessere Sozialordnung erreichen zu können.

Ich muß sagen, bei den Altfunktionären, mit denen ich zu tun hatte und die aus dem wirtschaftlichen Bereich kamen, ist der Groschen, wie ich finde, erst sehr spät gefallen, daß Sozialismus unter dem Vorzeichen des östlichen Systems, wie sie ihn gestaltet haben, ja nicht nur die Enteignung der großen Kapitalisten, des Kapitals schlechthin bedeutete, sondern eben bedeutete, mit der Schaffung dieser Staatswirtschaft alle zu enteignen.

Das ist den meisten in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als alles Geld verloren war, als auch der Westen seine Währungsreform durchführte, gar nicht bewußt

geworden. Aber daß mit der Enteignung der großen Kapitale die vielen kleinen Spar-, Renten- und Versicherungsansprüche und sonstigen Ansprüche, die es ja zu dieser Zeit alle schon gegeben hatte, ebenfalls futsch waren und welche ungeheuren Familientragödien dadurch ausgelöst worden waren, war meinem damaligen Chef Bruno Leuschner, der am Anfang auch noch Vorsitzender der Sequesterkommission gewesen war und mit dessen Unterschrift die vielen Enteignungen stattgefunden hatten, durchaus bewußt. Er hat deshalb immer wieder – es gab ja viele Härtefälle, bei denen ich ihn dann bemuttert habe – gesagt: Das muß doch funktionieren! Wir können uns doch nicht geirrt haben! Was habe ich angerichtet!

Dieses Bewußtsein war durchaus vorhanden. Nur, am Ende sah man nichts Verteidigungswürdiges mehr; genau das Hauptziel, eine bessere, effektivere Ordnung auf die Beine zu stellen, war nicht erreicht worden.

Damit komme ich zurück auf die Frage: Warum dann so lange? – Da sehe ich einen wesentlichen Teil des Verschuldens eben auch auf der westlichen Seite, und zwar nicht in der Form, daß ich jemals eine Embargo- oder Blockadepolitik befürwortet hätte, sondern ich habe eigentlich immer dazu angeregt, die Wirtschaftsbeziehungen mit der östlichen Seite eher zu liberalisieren und die andere Seite zu zwingen, sich unseren Modalitäten anzupassen, statt daß wir uns ihren anpassen – mit dem ganzen staatlichen Anteil, den Warenlisten usw..

Dann kam in den siebziger und achtziger Jahren die Kreditgroßzügigkeit noch hinzu, so daß man sich über eine ganze Reihe von Transferleistungen und die hohe Verschuldung, wie ich finde, über die letzten zehn Jahre gerettet hat, so daß nach meiner Überzeugung ohne die westliche Großzügigkeit erstens die Hochrüstung nicht möglich gewesen wäre und das System zum anderen wahrscheinlich auch eine ganze Weile früher zusammengebrochen wäre.

Zum nächsten Punkt, den Sicherheitsfragen: Sind nicht auf die DDR ganz bestimmte Dinge übertragen worden? – Ja und nein! Als erstes muß ich hinzufügen, daß wir die Voraussetzungen für die Mauer, die technischen und sonstigen Voraussetzungen, in jener Zeit des Frühjahres 1952 und über 1952 hinaus geschaffen haben. Praktisch war alles schon einmal am 17. Juni gelaufen: Trennung des Berliner Telefonnetzes, die Umkehrweichen an den S- und End-Bahnhöfen, die Störung der Wasser- und sonstigen Versorgung usw., so daß Berlin während des Aufstandes am 17. Juni und danach schon einmal 14 Tage geteilt war. Das funktionierte durchaus; das war technisch vorbereitet, und ich kenne es nicht anders, als daß es eine der Bestrebungen von Ulbricht war, das alles so vorzubereiten: Auf Dauer werden wir uns nicht halten können, ohne daß die Mauer kommt!

Das zweite war dann aber zu aller Zeit das Wissen, daß sich ohne die sowjetischen Bajonette – siehe 17. Juni, siehe später Ungarn, siehe später Tschechoslowakei – die einzelnen Satellitenstaaten nicht hätten halten können.

Das wäre nicht gegangen. In dem Augenblick, in dem die Sowjetunion ihre absolute Dominanz über die Staaten zurückzog – siehe Ungarn, Polen usw. –, kam es zu den Reformen, brachen sie aus, und dann war es schließlich passiert.

Letzter Punkt – die Entscheidungen im Politbüro –: Ich habe vorhin schon gesagt, daß ich nicht weiß, ob ausdrücklich beschlossen worden ist, wie Beschlüsse zustande gekommen sind. Ich kenne die Dominanz des Generalsekretärs, die freiwillige Einbindung in dieses Kollektiv, die Angst davor, als Sektierer, Ausbrecher etc. angesehen zu werden. Denn eine wesentliche Rolle spielte auch: Wer herausfiel aus diesen Höhen, stürzte tief und war isoliert mit allen Konsequenzen, so daß es im Grunde genommen über die weitesten Strecken eine freiwillige Einbindung war.

Die sogenannten Fraktionsgeschichten in den fünfziger Jahren – das waren Nachtragsgefechte mit Dahlem und anderen aus stalinistischer Säuberungszeit, Spanienkrieg, Kriegszeit, unterschiedliche Gruppen usw. und hatte nicht so sehr etwas mit Differenzen um die gegenwärtige Politik zu tun.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Nun noch Herr Professor Seiffert!

**Prof. Dr. Wolfgang Seiffert:** Ich beginne mit der Langlebigkeit, weil ich mich da gleich meinen Vorrednern anschließen kann: Nach meiner Überzeugung hat die Sowjetunion immer die machtpolitische Garantie für den Bestand der DDR gegeben. Das war die einzige Garantie, die bestand. Die hat ziemlich lange bestanden. Aber man muß hinzufügen: Sie war nicht auf ewig festgeschrieben, sondern sie war auch von der Interessenlage der Sowjetunion abhängig. Insofern hätte sie auch früher beendet sein können, als sie beendet worden ist.

**(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD):** Das ist aber Spekulation!)

– Nein! – Neben der machtpolitischen gab es auch noch eine ökonomische Bestandsgarantie. Wie lange die Sowjetunion diese Garantie aufrechterhalten konnte, hing überhaupt nicht vom Willen der Führung in Moskau ab, sondern von ganz harten ökonomischen Fakten. Diese Garantie ist schon viel früher zusammengebrochen.

Damit sind wir bei der zweiten Frage, nämlich nach dem Verhalten des Westens und bei der Frage – sie kam, glaube ich, von Ihnen, Herr Hansen – nach der Einordnung der KSZE; Sie meinten dabei ja wohl vor allen Dingen den Dritten Korb.

Dazu müßte man natürlich mehr sagen, als sich jetzt in zwei Sätzen begründen läßt. Aber daß die Westmächte mit dem Dritten Korn eine bewußte Politik mit den Resultaten, die dann in Osteuropa eingetreten sind, betrieben hätten, trifft ganz sicher nicht zu, sondern man war über die Wirkung, die dieser Korb III ausgelöst hat, im Westen genauso überrascht wie im Osten.

**(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD):** Nein, darüber hat man jahrelang verhandelt! Da haben Sie wirklich keine Ahnung.)

– Herr Soell, ich habe das Wort, um auf die Fragen zu antworten. Sie müssen damit ja nicht einverstanden sein. Das setze ich überhaupt nicht voraus.

Das zweite ist: Bei der KSZE gibt es nach meiner Überzeugung noch einen zweiten Denkfehler, nämlich die Annahme, daß diese KSZE-Konferenz insbesondere mit dem Korb III im Schlußdokument von Helsinki die Entwicklung in Osteuropa erst ausgelöst hätte. Das ist meines Erachtens eine völlige Fehleinschätzung, denn die Menschenrechtsbedingungen in der KSZE-Schlußakte können doch nur dort eine solche Wirkung erzielen, wo entsprechend negative Verhältnisse vorhanden sind. Die Dokumente sind doch ohne weiteres in der Bundesrepublik, in Frankreich usw. ebenfalls veröffentlicht worden und haben hier überhaupt keine Bewegung ausgelöst, weil sie nicht auf einen Zustand getroffen sind, der der Abänderung im Interesse der Menschen bedurfte. Also lagen die Ursachen für diese Entwicklung in den Verhältnissen in Osteuropa selbst.

Was mit der KSZE-Akte und den weiteren Folgekonferenzen geschehen ist, ist praktisch die Schaffung außerordentlich günstiger Bedingungen, die von außen gesetzt worden sind, die aber nur Wirkung haben konnten, wenn im Innern entsprechende Verhältnisse vorhanden waren.

Was das vierte „Essential“ angeht, so wundert es mich überhaupt nicht, daß das hier so auf – na, sagen wir einmal – Verwunderung stößt. Zunächst einmal, Herr Dr. Mitter, habe ich das keineswegs ausschließlich international begründet, sondern ich habe am Anfang zur Begründung dieser These ausdrücklich gesagt: Es herrschte eine tiefe innere Krise in der DDR, die Menschen sind weggelaufen, und man mußte ernsthaft darüber nachdenken: Wie kann man verhindern, daß das Volk weiter davonläuft? Ich bin also von den inneren Bindungen ausgegangen.

Aber ich gebe Ihnen, Herr Soell, recht: Allein mit den paar Sätzen, die ich dazu gesagt habe, kann man meine These nicht begründen. Ich habe sie ja schon öfter begründet, nicht nur hier, sondern auch an anderer Stelle, und es gibt genügend Analysen, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Ich denke nur an das dicke Buch „The Wall“, in dem darüber geschrieben wird, oder an die Untersuchung von Hans Peter Schwarz, der auch eine ausführliche Dokumentation über die Versuche des damaligen bundesdeutschen Botschafters Grewe in den Vereinigten Staaten, bei Kennedy ein solches viertes Essential durchzusetzen, veröffentlicht hat. Das ist nicht deshalb gescheitert, weil ein solches viertes Essential strategisch prinzipiell falsch war, sondern deshalb, weil eben die politische Zusammensetzung in Washington damals so war; Eleanor Dulles hat in einem Interview zum 25. Jahrestag des Mauerbaus ausdrücklich bestätigt, daß Grewe damit nicht durchgekommen ist.

Also, es gibt genügend weitere und andere Begründungen für diese These. Wenn Sie beispielsweise auf Kuba verweisen, dann möchte ich sagen: Wenn der Westen damals in der Frage des Mauerbaus zum Beispiel mit dem vierten Essential aufgetreten und damit durchgekommen wäre, dann hätte sich Chruschtschow wahrscheinlich bezüglich Kuba gar nicht mehr getraut, denn Chruschtschow ist ja gescheitert, weil er über die Kräfte, über die die Sowjetunion überhaupt verfügte, hinausgegangen ist und etwas getan hat, was nach russischen Vorstellungen – ob in kommunistischen oder zaristischen Zeiten – immer das Schlimmste ist, was man machen kann: Rußland selber in das Risiko einzubringen.

Das war der entscheidende Grund, warum Chruschtschow gehen mußte und warum sich Kennedy in Kuba durchgesetzt hat.

(Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Soell (SPD))

– Ich sage nochmals: Mir geht es nicht darum, Sie von Ihrer Meinung abzubringen. Ich sage nur, welches die Begründung dafür ist, und mit dieser Meinung stehe ich nicht etwa als Outsider allein da, sondern selbst der amerikanische Präsident Reagan hat diese Auffassung vertreten und Kennedy in diesem Punkt kritisiert. Er hat nicht wörtlich von dem „vierten Essential“ gesprochen, aber kritisiert, daß er nicht den Stacheldraht weggeräumt hat.

Es ist deswegen meines Erachtens so wichtig, über diese Fragen zu diskutieren – von mir aus auch nicht heute, wegen der Zeit, aber weiterhin zu diskutieren –, weil ohne den Mauerbau – ich meine den quer durch Berlin –, wenn er verhindert worden wäre, zum Beispiel mit dem vierten Essential, die politische Landschaft der Parteien in der alten Bundesrepublik eine andere gewesen wäre, und auch die Entwicklung in der DDR. Die Änderung, die Willy Brandt für sich selbst oder die damalige Sozialdemokratie für sich vorgenommen hat, ist erst nach dem Mauerbau und aus Enttäuschung darüber erfolgt, daß der Westen nicht so prinzipientreu gewesen ist, wie es zum Beispiel Willy Brandt geglaubt hat. Lesen Sie seine Briefe. Ich habe selbst mit ihm darüber gesprochen.

Niemand würde heute zum Beispiel wissen, wer Egon Bahr ist, wenn das vierte Essential durchgesetzt worden wäre. Sie kennen die bekannte Formel für seine Politik der Änderung; ohne den Mauerbau wäre sie ihm nie über die Lippen gekommen. Deswegen ist das eine – wie zum Beispiel auch Stürmer schreibt – Zäsur in der Deutschlandpolitik in der Geschichte nach 1945 gewesen. Unter diesen Umständen halte ich es für eine prinzipielle Angelegenheit, darüber zu diskutieren und Klarheit zu schaffen. Ob man meine Meinung teilt oder nicht, ist eine ganz andere Frage; die ist nicht so bedeutend. Entscheidend ist, sich über diese Frage einmal klar zu werden.

Und es ist doch die Frage: Wie begegnet die Demokratie den Diktaturen? Wo ist die Grenze, an der man sozusagen die eigene Existenz leichtsinnig aufs Spiel setzt, und wo ist umgekehrt die Grenze, an der man durch eine zu

schnelle Nachgiebigkeit die Entwicklung negativ beeinflusst? – Das also zu dieser prinzipiellen Frage!

Zu der Frage von Herrn Modrow: Ich habe mit meiner Feststellung nur noch einmal unterstreichen wollen, daß es in der SED – und in jener Zeit hieß sie dann ja SED/PDS oder PDS/SED – auch in dieser Übergangszeit keine offizielle Stellungnahme dieser Partei gab, nach der sie zu einer nationalen Politik zurückgefunden hat. Es geht jetzt auch nicht um die Frage, wer recht hatte, sondern es ist eine prinzipielle Frage, warum die DDR gescheitert ist.

Ich habe es vorhin in einem kurzen Satz anzudeuten versucht: Eine Partei, die sich von ihrer eigenen Nation löst und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit ihrer Nation aufgibt, verurteilt sich selbst zum Untergang.

In diesem Zusammenhang möchte ich zu der Frage, warum die DDR so lange existiert hat, noch einen anderen Gedanken über das hinaus, was hier schon gesagt worden ist, was ich teile und nicht wiederholen möchte, anmerken. Ich glaube, es hat in den Jahren unmittelbar nach 1945 – ich bin allerdings erst im Dezember 1949 nach Deutschland zurückgekommen – bei Menschen wie mir – ich bin mit 18 Jahren in den Krieg gegangen, mit 19 Jahren in Kriegsgefangenschaft geraten, mit 25 Jahren wieder nach Hause gekommen –, bei vielen Menschen meiner Generation natürlich ernsthafte Überlegungen gegeben: Was ist das für eine politische Ordnung, die – wie Deutschland – zweimal in solche Weltkriege hineingeschlittert ist? Und gibt es etwas anderes, was man an diese Stelle setzen kann? Da bot sich eine andere Ordnung zunächst einmal an.

Wer in russischer Gefangenschaft war wie ich oder wer in Ostdeutschland, in der Sowjetischen Besatzungszone lebte, für den bot sich das an. Wenn Sie dann aus der Weimarer Republik feststellen mußten, daß es zwei Parteien gab, die im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur besondere Blutopfer gebracht haben – das waren die Sozialdemokraten und die Kommunisten, die Kommunisten sogar prozentual in noch höherem Umfang –, dann war es doch logisch, daß man sich mit diesem System befaßte und daß dann in dem Gebiet der SBZ beziehungsweise der späteren DDR viele aus solchen Gründen in die Sozialistische Einheitspartei eingetreten sind.

Ein weiterer Grund für die Langlebigkeit der DDR war natürlich auch folgendes: Das Politbüro der SED – gleichgültig, wie besetzt – hat später ja eine fleißige Bevölkerung vorgefunden, die arbeiten konnte und arbeiten wollte und die immer wieder die Hoffnung aufgerichtet hat: Vielleicht schaffen wir es doch, besser zu werden.

Das „Neue Ökonomische System“ beispielsweise ist ja damals von weiten Teilen der Bevölkerung als ein solcher Versuch aufgegriffen und mit sicherlich illusionären Hoffnungen verbunden worden, aber die Bevölkerung hat nicht nur gesagt, „vielleicht wird es was“, sondern sie hat gearbeitet und versucht, in diesem Sinne tätig zu werden.

Nun noch zu Herrn Thierse wegen der Rolle des Rechts: Natürlich kann man das differenzieren, aber – so möchte ich sagen – innerhalb des Platzes, den ich generell für das Recht in einer solchen politischen Ordnung zu finden versucht habe. Natürlich war es im Blick auf das Wirtschaftsrecht der DDR nicht nur der Wunsch, Macht auszuüben, sondern dort setzte sich auch – zum Teil durch den Einfluß bestimmter Wissenschaftler auf diesem Gebiet – die Erkenntnis durch, daß man auch eine so organisierte Staatswirtschaft überhaupt nicht ohne rechtliche Ordnung funktionstüchtig betreiben kann. So wurden entsprechende Rechtsordnungen ausgearbeitet.

Aber wenn es darum ging, die SED – oder vor allen Dingen das Politbüro – an das Recht zu binden, so gab es nicht einmal eine Bindung innerhalb des Wirtschaftsrechts. Es gab einmal einen Entwurf einer Stabilisierungsverordnung der DDR, die lag bei Stoph auf dem Tisch; der hat sich das durchgelesen und hat gesagt: „Das kommt doch überhaupt nicht in Frage, daß wir so etwas machen!“

Ein anderes Beispiel: Wir haben für die Rechtsberatung des RGW in Moskau Abkommen über Spezialisierung und Koordinierungsabkommen vorbereitet. Da wurde ich gefragt – damals war der Vertreter der DDR Dr. Gerhard Weiß –: „Wenn also die Polen ihre Verpflichtung hier nicht erfüllen, dann können wir sie nach dieser Ordnung im RGW mit Sanktionen – Schadensersatz usw. – belegen?“ „Ja, selbstverständlich!“ – Dann hat er drei Minuten überlegt und gefragt: „Ja, und wenn wir verletzen?“ – Ich sagte: „Na, das ist im Recht so; das ist dann umgekehrt auch so!“ – „Ja, dann wollen wir uns das noch einmal überlegen, ob wir das machen.“

Also, selbst in diesen an sich ganz pragmatischen Fragen – wenn man einmal die Eigentums- und Wirtschaftsordnung als gegeben ansieht und darüber nicht diskutiert, sondern nur einmal systemimmanent die Frage stellt –, selbst in diesem Bereich herrschte eine absolute Scheu davor, der Zentrale der SED usw. die Hand zu binden. Man wollte sozusagen frei sein: Wir haben am Freitag dies und jenes beschlossen, die Untertanen sind daran gebunden, und Montagfrüh kommt das Politbüro, Dienstag tagen wir, und wir sehen das wieder anders; dann wird das eben abgeändert.

Wenn Herr Hansen gefragt hat, ob das so eine metaphysische Geschichte ist, dann möchte ich sagen: Ja, sicher, das ist es; deswegen mein Vergleich mit den Fürsten! Die Macht waren sie selber. Souverän war nicht der Staat, sondern der Fürst; der machte die Gesetze. Und wenn er am Montag sagte: Herr Hansen, Sie haben jetzt die und die Rechte, und am Dienstag sagte, Sie haben sie nicht mehr, dann war das alles völlig in Ordnung. So – ganz vereinfacht – hat das Politbüro die Dinge gesehen.

Dann kam noch etwas hinzu, was Herr Weber aus seiner langjährigen Untersuchung der Geschichte des Kommunismus in Deutschland sicherlich weiß, daß nämlich die Kommunisten in Deutschland mit dem Recht nie viel



im Sinn hatten, sondern es eigentlich als etwas Bürgerliches, an die bürgerliche Gesellschaft Gebundenes angesehen haben.

Bei einer Diskussion im Politbüro hat Hanna Wolf – da wurde über irgendwelche Abweichungen diskutiert – gesagt: „Ja, die sind aber kluge Anwälte!“ Da hat Ulbricht gesagt: „Na ja, Juristen waren die Abweichler immer.“ – Darin kam so die ganze innere Einstellung zum Recht zum Ausdruck.

Deswegen glaube ich schon: Der Vergleich sowohl mit dem Fürstentum als auch mit dem Islam ist gar nicht so sehr von der Hand zu weisen, auch wenn Analogien immer irgendwo ein bißchen hinken.

Die letzte Frage, die mir gestellt wurde, bezog sich auf den Begriff „Naturereignis“. Ich habe nicht gesagt, daß es ein Naturereignis gewesen sei, ich habe nur gesagt: Es ist über bestimmte politische Kräfte in der früheren Bundesrepublik hereingebrochen „wie ein unerwartetes Naturereignis“. Natürlich hat es in allen Parteien unterschiedliche Positionen zur deutschen Frage gegeben und mit unterschiedlichem Gewicht in den einzelnen demokratischen Parteien. Die einen waren der Meinung: Die Zeit ist so weit vorangeschritten, daß es am besten ist, wenn wir die Präambel des Grundgesetzes ändern.

Ich habe hier das Buch „Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes“, herausgegeben von den Abgeordneten Dieter Haack (SPD), Hoppe, Lintner und mir. Da haben sich damals alle Parteivorsitzenden zu meinem größten Erstaunen selber hingestellt und einen Artikel geschrieben. Ich hätte nie geglaubt, daß ich einmal ein Buch herausgebe, in dem Herr Kohl einen Artikel schreibt. Es ist erschienen zum 35. Jahrestag des Grundgesetzes. Lesen Sie einmal nach, wie sich darin die Parteien alle geäußert haben.

Ich habe damals eben immer – das muß ich sagen – in der Bundesrepublik auch als gewisser Outsider gesagt: Leute, das System ist nicht lebensfähig, nicht nur das in der DDR, sondern auch das in der Sowjetunion; es ist nicht lebensfähig, und innerhalb der nächsten zehn Jahre, in diesem Jahrhundert, wird die Wiedervereinigung kommen! Dann sage ich mir: Ich bin doch nicht ein kluger Mann; es gibt doch viele Männer und Frauen, die viel klüger sind als ich. Wenn man das nicht sehen wollte oder konnte, dann hat man irgend etwas anderes im Sinn gehabt. Und das war die Status-quo-Politik.

Die Status-quo-Politik, die ja in gewissen Aspekten und Zeiten ihre Berechtigung hatte – ich bestreite das gar nicht –, ist dann eben in eine Ideologie übertrieben worden, wenn es hieß: Jede Änderung des Status quo bedeutet Instabilität in Europa und darf folglich nicht stattfinden. Damit sagte man ja eigentlich: Die Wiedervereinigung darf nicht stattfinden, denn sie ist eine gravierende Veränderung des Status quo.

Es gibt heute sicherlich manche, die sagen bei der Entwicklung a) in Jugoslawien, b) in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und c) bei den

Schwierigkeiten, die wir jetzt mit der inneren Vereinigung haben: Wir haben vielleicht recht gehabt; wir hätten das trotz Seiffert nicht machen sollen!

Aber meine These lautet ja nur: Man konnte das voraussehen und war wider besseres Wissen nicht rechtzeitig auf diese Entwicklung vorbereitet.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Weber, Herr Schenk und Herr Seiffert, ganz herzlichen Dank für Ihr Mitwirken hier. Ich danke Ihnen auch, daß Sie so viel Selbstbewußtsein hatten, daß Sie es ausgehalten haben, als Sie feststellten, daß bei uns einige anderer Meinung waren als Sie. Aber was hat eine Anhörung für einen Sinn, wenn wir uns immer nur wieder das sagen, was wir selber alles schon wissen? Von daher jetzt nochmals ganz, ganz herzlichen Dank!

Wir unterbrechen jetzt kurz die Anhörung und möchten um 17.05 Uhr fortfahren.

(Unterbrechung von 16.50 Uhr bis 17.05 Uhr)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Einstimmung auf die dann folgende Fragerunde mit Zeitzeugen haben wir einen Mitarbeiter des Sekretariats der Enquete-Kommission, Herrn Thomas Ammer aus Bonn, gebeten, einige Ausführungen zu Strukturen und Methoden der Machtausübung in der DDR zu machen. Ich möchte Sie um Ihre Aufmerksamkeit für diesen Vortrag bitten.

**Thomas Ammer:** Es geht bei der Anhörung, die wir heute durchführen, u. a. um zwei Problemkreise, die bei der Machtausübung und Machterhaltung der SED-Führung eine wichtige Rolle spielten: Das ist erstens die Frage, wie die Machthierarchie in der Funktionärsschicht aufgebaut, erhalten und regeneriert wurde und wie die Zuverlässigkeit dieser Schicht zu garantieren war. Der zweite Problemkreis ist, wie Entscheidungen vorbereitet, gefällt, ausgeführt und kontrolliert worden sind.

Natürlich sind dies Problemkreise, die für die Existenz der DDR nicht allein maßgeblich waren. Andere Dinge, die vorhin schon angesprochen wurden – der sowjetische Einfluß, die Wirtschaftslage usw. – spielten auch eine Rolle. Davon wird jetzt nicht die Rede sein.

Ich befasse mich im wesentlichen mit Vorgängen nach dem IX. Parteitag der SED 1976. Frühere Ereignisse werde ich nur ausnahmsweise ansprechen.

Eine ganz entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren der SED-Diktatur war die Existenz einer ganz eng mit der Parteispitze verbundenen Schicht von Partei- und Staatsfunktionären, die die Politik der Führung ausführte, sie gegenüber den Bürgern insgesamt vertrat und erforderlichenfalls auch mit Zwangsmitteln durchsetzte. Nach Schätzungen, die ich jetzt nicht im einzelnen belegen kann, aber nach verschiedenen Berechnungen herausbekommen habe, dürfte diese Funktionärsschicht etwa einen Anteil von

3 % der erwachsenen DDR-Bevölkerung von ungefähr 12 Millionen Bürgern umfaßt haben, also eine Zahl von etwa 350.000 bis 400.000 Funktionären. Das sind weit weniger als die 2,3 Millionen SED-Mitglieder im Jahre 1989, aber immerhin noch eine ganz respektable Zahl.

Diese Funktionärsschicht kann man nun wieder in zwei Gruppen untergliedern. Das sind nur Arbeitsunterscheidungen. Insbesondere darf man die Zahlen der einzelnen Gruppen nicht addieren, weil beide sich überschneiden.

Das sind einmal die SED-Mitglieder als Funktionäre in der SED selbst, in den Massenorganisationen und in den Volksvertretungen. Da kommt man auf die immense Zahl von etwa 1,8 Millionen Funktionärsträgern. Dabei sind von den Massenorganisationen hier nur die beiden wichtigsten, FDGB und FDJ, berücksichtigt. Als Angehörige der Funktionärsschicht, die hier für uns von Interesse ist, kann man allenfalls etwa 300.000 Personen ansehen. Dazu könnte man die etwa 100.000 Parteisekretäre und Mitglieder von SED-Bezirks- und -Kreisleitungen, die meisten der etwa 44.000 hauptamtlichen SED-Parteimitarbeiter – eine Zahl, die Gysi 1989 genannt hat – und etwa 150.000 Funktionäre in den Massenorganisationen und anderen gesellschaftlichen Organisationen zählen.

Die zweite Gruppe sind die Bediensteten im Militär- und Sicherheitsapparat, soweit es sich um Offiziere und Parteifunktionäre handelt, also insbesondere die große Mehrzahl der Angehörigen des MfS – ich schätze, etwa 100.000 kann man dazu zählen –, Offiziere der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei – vielleicht etwa 30.000 – und außerdem etwa 150.000 Funktionäre im Staats- und Sicherheitsapparat.

Es gibt einige Hinweise aus den Zeiten vor 1989 auf die zahlenmäßige Stärke dieser Funktionärsschicht, die für das Funktionieren des SED-Regimes wirklich von Bedeutung war. Das sind Zahlenangaben über das sogenannte Parteiaktiv – etwa 250.000 bis 300.000 – und Zahlen über die Nomenklaturkader.

Dazu eine kurze Erklärung: Das Parteiaktiv war eine Gruppe von besonders zuverlässigen und einsatzbereiten Funktionären, teilweise ein fester Kern, teilweise eine flexible Gruppe, die die Partei für besonders dringende Aufgaben heranzog, auch im Krisenfall, also etwas wie eine Eingreiftruppe. Die Nomenklaturkader, von denen viele gleichzeitig dem Parteiaktiv angehörten, waren jene Funktionäre in SED, Massenorganisationen, Staatssicherheit und Wirtschaftsapparat, die die Parteileitungen der jeweiligen Ebenen als geeignet ansahen, bestimmte Positionen in diesen Apparaten, die in den Nomenklaturen, also sehr differenzierten Verzeichnissen, aufgeführt waren, auszufüllen.

Der Personenkreis, der vom Nomenklatursystem erfaßt war, umfaßte auch um 300.000 Funktionäre. Das kann man aus Angaben über die Schulungen entnehmen, die für diese Nomenklaturkader stattfanden. Von 1971 bis 1980 sind da in Weiterbildungslehrgängen 339.000 erfaßt worden, von 1981 bis

1986 wiederum 320.000. Das gibt eine ungefähre Vorstellung über die Größenordnungen, die hierbei eine Rolle spielen.

Die Regeln, die die Aufnahme in diese Funktionärsschicht und die Laufbahn der Angehörigen bestimmten, sind mit wenigen Ausnahmen in der DDR nie allgemein veröffentlicht worden. Eine der ganz wenigen Ausnahmen ist ein Beschluß des ZK-Sekretariats vom 7. Juni 1977, der die Pflichten dieser Nomenklaturkader aufführt, und zwar ähnlich umfassend und unerfüllbar, wie man sie auch im Statut und im Programm der SED findet. Aus der Praxis ist allerdings durchaus bekannt, welche Kriterien die Karrieren von Kadern bestimmten: politisch-ideologische Zuverlässigkeit, sehr oft auch fachliche Qualifikation, familiärer Hintergrund – charakteristisch ist, daß sich große Teile der Funktionärsschicht aus sich selbst heraus regeneriert haben –, keine Westverwandtschaft oder Verzicht auf jegliche Westkontakte, Loyalitäts- und Leistungsnachweise. Hier hat z. B. der bekannte Ordenssegen durchaus seine Bedeutung als Signalgeber.

Dabei muß man natürlich berücksichtigen, daß solche Kriterien nicht absolut Gesetz waren. Persönliche Beziehungen etwa eines höheren Funktionärs, der jemanden haben wollte, haben sehr oft eine große Rolle gespielt und diese Regeln durchbrechen können. Es konnte also durchaus passieren, daß jemand in den Justizapparat aufstieg, auch wenn ein Elternteil im Lager oder im Gefängnis war, oder daß jemand in einem Ministerium eine hohe Position behielt, auch wenn die Ehefrau sich weigerte, die Westkontakte abzubreaken. Aber das waren Ausnahmen. Für die große Masse der Funktionäre galten solche Regeln.

Heute stellt sich nun für uns die Frage, die man vielleicht nachher diskutieren kann und in Zukunft noch länger diskutieren muß, in welchem Ausmaß das Nomenklatursystem und die Praktiken der Kaderpolitik der SED in der Masse der Partei- und Staatsfunktionäre bekannt waren, inwieweit der einzelne Funktionär eigentlich über seinen Platz in diesem System und den Entwicklungsweg, den man ihm in seinen Kaderakten vorgezeichnet hatte, die ihm normalerweise nicht voll zugänglich waren, informiert war.

Interessant wäre auch, zu erfahren, in welchem Ausmaß dieses System in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR-Geschichte noch dem sowjetischen Vorbild entsprach und welche Motive manchen Details zugrunde lagen, z. B. der gigantischen Aufblähung dieses Systems, die eine riesige Kaderbürokratie mit der Folge schwerfälliger Abläufe von Personalentscheidungen, Hemmnissen für den Aufstieg befähigter Funktionäre usw. zur Folge hatte.

Schließlich sollte man auch danach fragen, welche Möglichkeiten ein Spitzenfunktionär, also etwa ein ZK-Sekretär, ein Politbüromitglied, ein wichtiger Minister eigentlich hatte, sich seine nächsten Mitarbeiter persönlich auszusuchen, also zu entscheiden, wen er haben und wen er eventuell vom Vorgänger

nicht übernehmen wollte, welche Möglichkeiten er also hatte, da die Regeln des Nomenklatorsystems zu durchbrechen.

Die Funktionärshierarchie ist durch eine Fülle von Regeln, Strukturen und Einzelmaßnahmen gestaltet und für lange Zeit stabil gehalten worden. Ich möchte nur einige der wichtigsten an dieser Stelle nennen.

Allgemein bekannt – und darüber wird viel geredet – sind die Privilegien, wie sie nur unter den Bedingungen einer Mangelversorgung, wie sie in der DDR bis 1989 bestand, zu verstehen sind, also bevorzugte Wohnraumzuweisung, Zuweisung hochwertiger Konsumgüter, teilweise bessere Entlohnung als im Durchschnitt, berufliche Karrierechancen, bessere Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder und, zumindest teilweise, ein gewisser Schutz vor den Augen und Ohren des Mfs, sofern man eine bestimmte Höhe in der Funktionärshierarchie erreicht hatte.

Wenn man all diese Privilegien betrachtet, so waren sie für die große Masse der Funktionäre keineswegs besonders beeindruckend und konnten sicherlich die Belastungen, die mit der Ausübung von meist mehreren politischen, gesellschaftlichen und sonstigen Funktionen verbunden waren, nicht ausgleichen: erheblicher Freizeitverlust, teilweise Isolierung in der Bevölkerung, Verbot von Westkontakten, damit also auch Verbot des Besitzes von Westdevisen, Verbot von Westreisen usw. Wenn man sich die zeitliche Belastung im Zusammenhang mit Wahlkampagnen, Parteilehrjahr, gesellschaftlichen Einsätzen usw. ansieht, stellt man sich immer wieder die Frage, wieso eigentlich Hunderttausende von Funktionären das haben mit sich machen lassen für das bißchen, was sie davon gehabt haben. Diese Frage kann ich nicht beantworten, das müssen andere tun.

Tatsache ist jedenfalls, daß der Besitz dieser echten oder auch scheinbaren Funktionärprivilegien die Besitzer in eine Art Abhängigkeitsverhältnis von der SED und dem Apparat brachte, aus dem man sich nur schwer lösen konnte, weil eben bei Insubordination der Privilegienverlust drohte, also Verlust des der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatzes, eventuell Verlust des Ausbildungsplatzes der Kinder, Auswirkungen auf den Ehepartner und dergleichen mehr – also alles Verluste, die doch recht schwer wogen und viele daran gehindert haben, einmal ein deutliches Wort zu sprechen.

Mit Hilfe der bekannten Prinzipien von der stets zunehmenden Führungsrolle der Partei – gemeint ist natürlich die der Parteispitze – und des „demokratischen Zentralismus“, also der absoluten Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Parteiorgane für die unteren einschließlich Vorgaben der Kaderpolitik, ergab sich eine Kompetenzhierarchie für die Funktionäre, wobei die Staatsfunktionäre und die Funktionäre der Massenorganisationen immer hinter den Parteifunktionären rangierten, sofern sich nicht eine wichtige Staatsfunktion mit einer wichtigen Parteifunktion, etwa bei Politbüromitgliedern und einem Teil der ZK-Mitglieder, deckte.

Regeln wie „demokratischer Zentralismus“, Parteidisziplin, Fraktionsverbot und wie das alles heißt, haben nicht nur für die Erhaltung der Hierarchie gesorgt, sondern bis unmittelbar vor dem Ende des Regimes weitgehend offene Diskussionen verhindert, dringend nötige Entscheidungen verzögert oder unmöglich gemacht, das Abschieben von Verantwortung zur Folge gehabt usw.

Bis heute ist die Frage noch nicht vollständig beantwortet, warum die große Masse des Funktionärskorps, der ja doch etwas an der Erhaltung des bestehenden Machtsystems lag, bis zum letzten Moment oder bis vier Wochen vor dem Ende der DDR ausgehalten und diese starren Regeln befolgt hat, obwohl man doch ohne weiteres sehen konnte, daß gerade die Befolgung dieser starren Regeln das Ende des Systems herbeiführen mußte.

Am Ende trat dann die Situation ein, daß die Loyalität des Funktionärskorps verlorenging. Diese Loyalität konnte nur so lange gewährleistet werden, wie die Spitzenfunktionäre imstande waren, das bestehende Herrschaftssystem und die tatsächliche oder scheinbare Machtbeteiligung der Funktionäre zu erhalten. Als die Unfähigkeit der Spitze von niemandem mehr übersehen werden konnte, lief alles in der bekannten Weise auseinander.

Die Parteiführung hat es verstanden, ihre Funktionäre und zum Teil auch die einfachen Mitglieder durch Kataloge letztlich unerfüllbarer Anforderungen in Programm und Statut der SED und in anderen Grundsatzbeschlüssen der Kaderpolitik und sonstigen Normen in ein drückendes Abhängigkeits- und Schuldverhältnis zur Zentrale zu versetzen. Wer sich die Mühe macht, die Anforderungen an die Mitglieder im Statut der SED durchzulesen, kann nur in einen psychologischen Zustand der Bedrückung verfallen, denn diese Anforderungen sind von keinem zu erfüllen, auch vom Engagiertesten nicht, so daß also jedes Mitglied, das irgendwann in Konflikt mit höheren Leitungen geriet, eine Angriffsfläche bot und jederzeit attackiert werden konnte, daß es dieses und jenes, was das Statut verlangte, nicht erfüllt hat.

Zu dieser Taktik, das gesamte Parteivolk und die Masse der Funktionäre in moralische und psychologische Abhängigkeit von der Führung zu bringen, gehörten die bekannten Mitgliederüberprüfungen, die sich im letzten Jahrzehnt der DDR häuften. Eine war 1981, eine 1985, und eine sollte im Herbst 1989 stattfinden, scheiterte aber am Ende der SED. Diese Überprüfungen waren nicht mehr wie im Jahre 1951 eine großangelegte Säuberung, trafen also nicht mehr Hunderttausende, sondern nur noch wenig tausend. Aber durch die sogenannten „vertrauensvollen persönlichen Gespräche“ – jeder, der einmal in der SED war, wird das kennen – wurden die Mitglieder in Gesprächen mit höheren Funktionären in ein Abhängigkeitsverhältnis hinsichtlich ideologischer Zuverlässigkeit und Parteitreu gebracht, verbunden mit moralischem Druck zur Übernahme von Parteiaufträgen und Selbstverpflichtungen, die

immer und immer wieder allgemeines Unbehagen verbreitet haben, obwohl in Wirklichkeit gar nichts Dramatisches passiert ist.

Es wäre heute danach zu fragen, ob dieses ausgeklügelte System von politischem und moralischem Druck über Statut, andere Beschlüsse, über Kontrollorgane wie Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, MfS, Mitgliederüberprüfungen usw. wirklich ein umfassendes Konzept gewesen ist, um die SED-Mitglieder zu lenken und zu disziplinieren.

Da schließt sich natürlich die Frage an, ob und gegebenenfalls warum irgend jemand im ZK-Apparat einmal auf die Idee gekommen ist, die Kosten-Nutzen-Relation dieser Kampagnen nachzurechnen und sich zu überlegen, was das alles eigentlich gebracht hat: wahrscheinlich nur eine ungeheure Belastung der Finanzen und der Materialressourcen der SED selbst und der DDR als Ganzes, ohne etwas Vernünftiges zu bewirken.

Ein wesentliches Mittel zur Aufrechterhaltung der Funktionärshierarchie war die innerparteiliche Informationspolitik, also die differenzierte Information der Funktionäre in Beratungen mit höheren Parteileitungen, die Ausgabe interner Informationsmaterialien, z. B. der vielen hier bekannten DIN-A-5-Blättchen ohne Verfasser- und Herausgeberangaben, in denen man etwas mehr über Reisefreiheit, Parteidisziplinierung, Menschenrechte, den neuen „Wartburg“ und solche Dinge erfuhr, als der Normalbürger zu hören bekam.

Zu dieser Informationspolitik gehörte dann auch das mehrstufige System der Parteischulen und des Parteilehrjahres, wobei es im Parteilehrjahr, diesem riesigen Massenbetrieb für ungefähr 1,5 Millionen Teilnehmer, eine kleine Veranstaltungsreihe für etwa 50.000 Teilnehmer gab, nämlich „Vorträge und Seminare für leitende Kader und Parteisekretäre“, die denen dann etwas Besonderes bieten sollte. Ob es sehr viel Besonderes an Information war, ist aus heutiger Sicht allerdings fraglich.

Bekannt ist die extreme Zentralisierung der SED und der DDR insgesamt. Wohin das aber geführt hat, kann man sehen, wenn man sich die Mühe macht – und wir mußten das im Gesamtdeutschen Institut ja tun –, die Berichte des Politbüros an ZK-Plena durchzuackern. Wenn man sich dann ansieht, was das Politbüro über seine Tätigkeit in der Periode seit dem vorgangegangenen Plenum für berichtenswert hielt und was da an Themen abgehandelt wurde, so kann man sehr merkwürdige Dinge finden, wie etwa Beschlüsse über die Volksbildungsaktivs, über irgendwelche Kulturmaßnahmen oder, was Schabowski berichtet hat, über das hundertjährige Jubiläum des Gleitflugs von Lilienthal im Jahre 1891. Wenn man das so liest, kann man eigentlich verstehen, daß dieses Organ in den Jahren 1987/88/89 nicht mehr führungsfähig war.

Die Führungsrolle der Partei ist in allen nur irgendwie denkbaren Rechtsnormen und ähnlichen Regeln verankert gewesen. Zum Beispiel kann man auch in allen Statuten und statutenähnlichen Bestimmungen der Ministerien und

zentralen Staatsorgane lesen, daß die Parteibeschlüsse immer vor allen anderen Normen rangieren, die zu befolgen sind. Die SED hat in allen Behörden, Betrieben und Leitungen von Massenorganisationen ihre Organisationen gehabt, in den wichtigsten Ministerien, wie Außenministerium, Innenministerium, Staatssicherheit, eigene Kreisleitungen und Kreisorganisationen. Funktion, Rolle und Entscheidungsbefugnisse dieser Kreisleitungen in den Ministerien liegen bis heute noch sehr im Dunkeln und sind nicht genau erforscht.

Ähnliches gab es in Großbetrieben wie Leuna, Buna, Zeiss mit eigenen Kreisleitungen und einem von der Zentrale eingesetzten Parteisekretär, der sich dann „Parteiorganisator des ZK“ nannte und über den die SED-Zentrale einen unmittelbaren Zugriff auf den jeweiligen Betrieb hatte.

Es gab dann die Parteigruppen z. B. in den Volksvertretungen, in denen man alle SED-Mitglieder zusammenfaßte, und zwar nicht nur die der Fraktion der SED, sondern auch die in den Fraktionen der Massenorganisationen, womit man wieder alles unter einem Hut hatte und auf diese Weise über die Massenorganisationen die Politik bestimmen konnte.

Schließlich eigentlich mehr ein Kuriosum: Selbst wenn irgendwo ein Kongreß von drei Tagen stattfand, bildete man auf diesem Kongreß eine zeitweilige Parteigruppe der SED mit einem Parteisekretär, und sie funktionierte dann so, wie eine Parteiorganisation zu funktionieren hat, und führte die Beschlüsse der Zentrale aus. Das hat also dazu geführt, daß in der letzten Zeit nur noch sehr wenig funktionierte.

Bei all dem, was man inzwischen weiß, wie Beschlußvorlagen im ZK-Sekretariat ihren Weg in die Ministerien genommen haben, wie das verabschiedet wurde, gibt es natürlich noch eine ganze Menge Fragen, die weiter zurückreichen. Wenn so eine Vorlage entsteht, muß es dazu schließlich einen Auftrag geben. Bei vielen Entscheidungen weiß man darüber im Grunde genommen sehr wenig.

Wer hat z. B. die Idee gehabt, die Verschärfungen des politischen Strafrechts von 1977 und 1979 auf den Weg zu bringen, 1978 den Wehrunterricht für die 9. und 10. Klassen einzuführen oder – das letzte und vielleicht bekannteste Beispiel – 1989 die Botschaftsflüchtlinge aus Warschau und Prag in Eisenbahnzüge zu setzen, die über DDR-Territorium liefen und nicht direkt in den Westen? Alles das waren Entscheidungen, die sich für die DDR äußerst nachteilig ausgewirkt haben, und man fragt sich wirklich, ob es in dem riesigen ZK-Apparat von mehr als 2.000 Personen hier in Berlin niemanden mit einer gewissen psychologischen Ausbildung gegeben hat, der die Parteiführung auf das, was aus solchen Entscheidungen hervorgehen mußte, aufmerksam gemacht hätte.

Zu fragen ist schließlich auch nach den Modalitäten, wie Vorlagen im ZK-Apparat ausgearbeitet worden sind, weil durchaus berechtigte Zweifel an der Qualität dieser Ausarbeitungen und Vorlagen bestehen. Übrigens gilt



das nicht für alle Gebiete. In der Deutschlandpolitik ist das zum Teil mit Raffinesse und sehr guter Kenntnis der Bundesrepublik gemacht worden, in anderen Dingen aber eben mit einer Beschränktheit, die wirklich erstaunlich ist. So hat Honecker in einer Rede vor den Kreissekretären – solche Reden wurden meist einmal jährlich gehalten – im Februar 1988 auf mehreren Schreibmaschinenseiten zum Thema Menschenrechte wörtlich genau das wiederholt, was er im Jahre 1987 gesagt hat, und zwar wirklich bis auf Punkt und Komma, so daß man sich fragt: Hat hier der Referent, der das ausarbeitete, nur seine Arbeit rationalisiert, was man ja verstehen kann, oder hat er das so tun müssen, weil die SED demonstrieren wollte, daß sie wirklich bis auf Punkt und Komma zum Thema Menschenrechte vom Jahre 1987 auf 1988 absolut nichts ändern wollte?

Eine weitere Frage, die wir heute vielleicht noch ansprechen können, ist die nach den Spielräumen von Spitzenfunktionären oder auch nachgeordneten Funktionären. Es gibt eine ganze Menge Beispiele für solche Spielräume, die entweder erkämpft worden sind oder um die man gekämpft hat. Wir finden ständige Klagen in den Berichten an die ZK-Plena über Eigenmächtigkeiten von Staats- und Parteifunktionären hinsichtlich Wirtschaftsplanung, Bauprojekten, Konsumgüterverteilung und solchen Dingen mehr. Am bekanntesten ist der Konflikt der Zentrale mit der Bezirksleitung Dresden unter Leitung von Hans Modrow im Jahre 1989, als man eine Instrukteurgruppe hinschickte, um da Ordnung zu schaffen, wie man sich das so vorstellte.

Als letztes ist hier vielleicht noch einmal nach der Rolle des MfS zu fragen. Darüber haben wir bei der letzten öffentlichen Anhörung schon gesprochen, aber vieles konnte da nicht geklärt werden. Es wäre zu fragen, in welchem Ausmaß das MfS wirklich mitregiert, mitverwaltet hat, vielleicht aus Not, weil die SED allein es in den Jahren 1985 bis 1988 nicht mehr konnte, vielleicht aus anderen Motiven heraus. So etwas läßt sich für die Wirtschaft, die Wissenschaftspolitik, die Kulturpolitik und alle möglichen anderen Bereiche nachweisen, und ich habe den Eindruck, daß über die „Offiziäre im besonderen Einsatz“ und die „Inoffiziellen Mitarbeiter mit Einflußmöglichkeiten“ hier durchaus regiert und nicht nur für Sicherheit gesorgt worden ist. Es ist auch einfach schwer vorstellbar, daß das MfS auf die Überwachung des hauptamtlichen Funktionsapparates von 44.000 Personen verzichtet hat oder daß sich das MfS etwa nicht um Funktionäre gekümmert hätte, die irgendwann einmal Ärger mit der Zentrale hatten. Wenn man mit einzelnen Politikern und Funktionären der damaligen Zeit spricht, kann man auch ganz konkrete Beispiele hören, daß das MfS durchaus da seine Finger mit im Spiel hatte.

Das waren nur einige konkrete Fragen, die man heute und sicherlich bei vielen anderen Gelegenheiten ansprechen muß. Abschließend kann man sagen, daß das Regime so konstruiert war, daß es sich eigentlich aus der Sicht seiner Schöpfer auf unabsehbare Zeit hätte halten können, ohne Rückhalt

von außen halten sollte: Kaderpolitik, Machthierarchie, mehrfach angelegtes Kontrollsystem, Entscheidungsstrukturen usw. usw. Wie wir seit 1953 wissen konnten, war es trotz aller erdenklichen Vorkehrungen ohne den sowjetischen Einfluß nicht lebensfähig. Aber der sowjetische Einfluß hat es doch lebensfähig gemacht.

Der menschliche Faktor hat in diesem System nicht kalkuliert werden können. Nicht kalkuliert werden konnten die charakterlichen und intellektuellen Schwächen der Führung, die dann eben in ihren Sesseln bis 5 Minuten nach 12 sitzen blieb. Nicht kalkuliert werden konnten die Grenzen der Manipulierbarkeit der Beherrschten und auch vieler Funktionäre. Und nicht kalkuliert werden konnte die Wirkung unkontrollierter Informationen von außen auf die Bürger, auch wenn man sich noch so viel Mühe gab, das abzuschotten.

Die Tatsache jedenfalls, daß wir heute hier im Zentrum der ehemaligen SED-Macht über die Konstruktion und das Funktionieren dieser Macht frei diskutieren können, sollte nicht unbedingt Anlaß für ein großes Triumphgefühl sein, aber doch für eine gewisse Zufriedenheit der Demokraten in den neuen und in den alten Bundesländern, daß sie einen langen, sehr belastenden und gefährlichen Konflikt mit der zweiten Diktatur dieses Jahrhunderts in Deutschland glücklich überstanden haben. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ich möchte Ihnen jetzt einige kurze Sätze zur Struktur der nächsten etwa 2 1/2 Stunden sagen. Wir haben uns das so gedacht, daß die fünf Zeitzeugen des heutigen Abends zunächst etwa eine gute Stunde von zwei Journalisten befragt werden und daß dann in einem zweiten Teil die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit haben, jeweils einzeln ebenfalls Fragen an die fünf Zeitzeugen zu stellen.

Die zwei, die wir bitten, die fünf Zeitzeugen zunächst zu befragen, sind auf den ersten Blick zwei Altbundesbürger. Darum muß, glaube ich, zu dieser Auswahl etwas gesagt werden. Es sind beides Menschen, die mit ihrer Biographie und ihrem Tun mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit den Menschen und den Ereignissen in diesem Land eng verbunden waren. Der eine, Karl Wilhelm Fricke, Journalist beim Deutschlandfunk, zumindest von einem Teil der Regierenden der DDR – ich sage das jetzt einmal ein wenig salopp – so sehr „geliebt“, daß sie ihn entführten, um ihn endlich unter sich zu haben, so daß er dann jahrelang in der DDR im Knast gewesen ist; der zweite, Ulrich Schwarz, hatte ebenfalls von seiner Biographie her lange mit der DDR zu tun, ist zweimal als Korrespondent des „Spiegel“ in der DDR gewesen und liebte die DDR oder ihre Menschen so sehr, daß er, obwohl er einmal hinausgeworfen worden ist, dann wiederkam.

Ich möchte Sie beide ganz herzlich begrüßen und wünsche Ihnen für das Tun der nächsten Stunde viel Glück und gutes Fingerspitzengefühl.

Ich bitte jetzt die fünf Zeitzeugen in der Reihenfolge, wie sie auf dem Zettel